



Antrag

Fraktion AfD

Kommunen entlasten - Sozialbetrug verhindern

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag spricht sich dafür aus, konsequent gegen organisierte Bandenkriminalität mit den Schwerpunkten Sozialbetrug und Urkundenfälschung vorzugehen. Dabei sollen folgende Maßgaben berücksichtigt werden:

1. Landesweite Koordination von Prüfteams gegen bandenmäßigen Sozialbetrug.
2. Ausstattung sämtlicher Meldeämter mit Dokumentenprüfgeräten.

Begründung

Am 1. Januar 2014 erfolgte die Öffnung des deutschen Arbeitsmarktes für Menschen aus Rumänien und Bulgarien. Um Armutsmigration zu verhindern, verabschiedete die Bundesregierung das Gesetz zur „Regelung von Ansprüchen ausländischer Personen in der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch und in der Sozialhilfe nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch“, welches arbeitslose Unionsbürger innerhalb einer Fünfjahresfrist weitestgehend von Sozialleistungen ausschließt.

Das im Dezember 2016 in Kraft getretene Gesetz erwies sich jedoch bereits nach kurzer Zeit aufgrund der eklatanten Schwachstellen als wirkungslos. Denn über den Umweg einer Beschäftigung sind Unionsbürger einem Deutschen gleichgestellt, damit aufstockungsberechtigt und erlangen so Anspruch auf sämtliche Hartz-IV-Leistungen, Wohn- und Kindergeld sowie Gesundheitsversorgung. Seit 2015 beobachtet die Bundesagentur für Arbeit einen organisierten Sozialbetrug über Scheinbeschäftigungen, die nur auf dem Papier existieren. Kinderreiche Familien erzielen so Monatseinkommen von über 3.000 Euro, wobei selbst die Kinderzahl häufig überhöht angegeben wird.

(Ausgegeben am 17.10.2018)

Zeigte sich dieses Phänomen zunächst in Städten wie Duisburg oder Berlin-Neukölln, breitet sich das Betrugssystem zunehmend auch in Sachsen-Anhalt aus. Betroffene Kommunalpolitiker wie Magdeburgs Oberbürgermeister Lutz Trümper gehen davon aus, dass die Banden gezielt Angehörige der Volksgruppen Roma und Sinti nach Deutschland lotsen, diese dann mit fingierten Beschäftigungsnachweisen oder Scheinselbstständigkeiten ausstatten, die Antragsformulare der Jobcenter ausfüllen und sich durch überzogene Mieten in sogenannten Schrottimmobilien ihren Anteil an den Sozialleistungen sichern. Die verschiedenen Betrugsmaschen wurden in unzähligen Zeitungsartikeln und Fernsehbeiträgen hinlänglich beschrieben.

Neben den Kosten des Sozialbetrugs für die Allgemeinheit sind die Anwohner unmittelbar von einer Verschlechterung ihrer Lebensqualität betroffen. Die Klagen der betroffenen Anwohner reichen von Beschwerden über Vermüllung und Lärmbelästigung, Sachbeschädigung und Diebstahl bis hin zu aggressivem Verhalten der Armutsmigranten. Häufig bleibt Anwohnern nur noch die Möglichkeit wegzuziehen.

Wie den Kriminellen nachhaltig das Handwerk gelegt werden kann, zeigte eindrucksvoll die Gemeinde Elbe-Parey im Landkreis Jerichower Land. Nachdem sämtliche Integrationsbemühungen seitens der Gemeinde an der Unwilligkeit der plötzlich aufgetauchten vierhundert Neubürger scheiterten, änderten Gemeinde und Landkreis die Vorgehensweise. Elbe-Pareys Oberbürgermeisterin Nicole Golz wird in der Volksstimme mit den Worten zitiert: „Uns bleibt nur noch die Hoffnung, dass diese Leute bald wieder verschwinden.“ Statt weiterer Integrationsmaßnahmen und Bürgerinformationsveranstaltungen wurden Ermittlerteams aufgestellt und jede Roma-Familie ins Jobcenter einbestellt und penibel überprüft. Im Ergebnis konnten hunderte Fälle von Sozialbetrug aufgedeckt werden. Daraufhin verließen sämtliche Rumänen die Gemeinde innerhalb kürzester Zeit; der Betrug verlagerte sich in andere Städte und Landkreise. Laut Oberbürgermeister Trümper beziehen knapp 80 Prozent der Rumänen in Magdeburg Hartz IV.

Für eine Verschärfung der Probleme sorgt die zunehmende Zahl von Urkundenfälschungen. Nach Angaben der Süddeutschen Zeitung sollen hunderttausende falsche Identitäten bundesweit im Umlauf sein. Genutzt werden diese nach Erkenntnissen des Landeskriminalamtes Sachsen-Anhalt für den Nachweis der Unionsbürgerschaft und den damit oft einhergehenden Sozialbetrug, sowie zur Begehung zahlreicher weiterer Straftatbestände.

In Sachsen-Anhalt verfügen von 122 Meldebehörden lediglich 8 über ein Dokumentenprüfgerät. Ohne Gerät erfolgt die Überprüfung der Ausweisdokumente über eine bloße Inaugenscheinnahme. In Anbetracht der Mietkosten von 700 bis 800 Euro pro Gerät und Jahr fordert die AfD-Fraktion die Ausstattung aller 122 Meldebehörden in Sachsen-Anhalt mit Prüfgeräten. Es ist den Bürgern dieses Landes nicht länger zuzumuten, dass im Zuge der Antiterrorgesetzgebung ihre Bürgerrechte zunehmend beschnitten werden, während gleichzeitig das Einfallstor für Kriminelle jeglicher Couleur weit geöffnet bleibt.

Oliver Kirchner
Fraktionsvorsitzender